

Fahrradfahren muss noch viel attraktiver werden

Beitrag von Fraktionssprecher Daniel Oehry

Das Mobilitätskonzept 2030, welches im Mai-Landtag grossmehrheitlich verabschiedet wurde, fo-kusiert auf drei Schwerpunkte: Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs, Ausbau des Langsamverkehrs und Optimierung beim motorisierten Individualverkehr.

Mit dem Begriff „Motorisiertem Individualverkehr“ (MIV), werden Autos, Motorräder und Mopeds zusammengefasst. Damit der MIV fließen kann, benötigt er Strassen, und genau diese kommen zu Randzeiten oft an ihre Leistungsgrenzen. Augenscheinlich führt dies immer wieder zu Stau und demzufolge zu Verspätungen im Arbeits- und Freizeitverkehr. Diesem Stau kann auf unterschiedliche Arten begegnet werden. Vielerseits werden zusätzliche Strassen gefordert, welche erst nach Jahrzehnten realisiert sind und dann im ersten Moment zu einer Entspannung der Stausituation beitragen. Ein Blick in die



FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry. (Foto: Michael Zanghellini)

Vergangenheit zeigt aber, dass durch diese Massnahme das Problem nur teilweise behoben wird, da der Stau später wieder auftritt und allenfalls einfach an einen anderen Knotenpunkt verlagert wird. Das MIV-Aufkommen wächst in der Zeit der Planung und Realisation schliesslich auch weiter. Auch die Optimierung unserer Brückenanschlüsse an die Autobahn ist nicht die langfristige Lösung. Die Mobilitätsbedürfnisse bis ins Jahr 2030 oder darüber hinaus bewältigen wird damit nicht. Dies führt zwangsläufig zu einer Strategie der Verteilung der Mobilitätsbelastung auf zusätzliche Schultern. Somit muss ein Teil des Wachstums unserer Mobilitätsansprüche durch den öffentlichen Verkehr getragen werden. Aus Sicht der ÖV-Nutzer sind drei Fragen entscheidend: Wie schnell

komme ich von A nach B, wie oft muss ich dazu umsteigen und wie pünktlich ist die Verbindung? Wenn der Bus im Stau steht und man deswegen seine Verbindung verpasst, wird der ÖV als nicht attraktiv empfunden. Darum weichen auf der Strecke Buchs-Schaan viele Pendler am Morgen und am Abend vom Bus auf die Bahn. Diese steht schliesslich nie im Stau. Da diese Bahnstrecke aber eingleisig verläuft, kann keine Erweiterung der Kapazität vorgenommen werden. Der ÖV kann aber nur als bedeutende Alternative funktionieren, wenn Bus und Bahn zusätzliche Kapazitäten zugestanden werden. Heute sprechen wir von rund 20'000 Pendlern. Bis 2030 oder gar 2040 werden es sicher viel mehr sein. Daher bin ich persönlich überzeugt, dass neben der Optimierung der Verkehrsknoten auch die Erhöhung der Schienenkapazität durch den Doppelspurausbau bis Nendeln ein sehr wichtiges Element darstellt. Diese beiden Elemente der Mobilitätslösung - Optimierung MIV und ÖV Ausbau - werden uns aber nicht kurzfristig zur Verfügung stehen. Dies führt mich zum FBP Positionspapier «Trittsicher in die Zukunft». Das E-Bike hat dem klassischen Fahrrad als Verkehrsmittel zu einem neuen Schub verholfen. 40 % aller 2019 verkauften Fahrräder waren E-Bikes. Für viele war und ist das ein Durchbruch, da so grössere Distanzen und mehr Höhenmeter für den Arbeitsweg in Kauf genommen werden. Damit dieses Potential auch genutzt werden kann, müssen wir der Fahrradförderung unser Augenmerk schenken. Dies bedeutet ganz konkret, dass wir



(Symbolfoto: SSI)

unser Radwegenetz überdenken müssen, denn dieses wurde lange vor dem Aufkommen von E-Bikes konzipiert. Wir benötigen Fahrradschnellverbindungen durch das Land, auf denen Fahrradfahrer auch Vortritt haben. Diese müssen gut signalisiert, damit sicher und attraktiv gestaltet sein. Kreuz und quer auf Feldwegen durch das Land zu fahren ist dann in Ordnung, wenn es um eine Fahrradtour in der Freizeit geht. Wenn es um Alltagsverkehr geht, müssen Verbindungen direkt und zügig sein. Fahrradfahrer brauchen Vortritt und dürfen nicht durch Hindernisse aufgehalten werden. Die Fahrtrichtungen sind signalisiert und die Schnellverbindung so breit, dass das Kreuzen von Fahrrädern sehr gut und sicher möglich ist. Am Ziel angekommen kann ich mein E-Bike oder Fahrrad an einem Service-Point abstellen, bei Bedarf einschliessen oder sogar reparieren

lassen. Diese öffentlichen Abstellmöglichkeiten oder Abstellanlagen inkl. Duschen und Spinde bei den Arbeitgebern stellen wichtige Elemente dar, damit das Fahrrad zum Alltagsfortbewegungsmittel werden kann. Nur wenn die Fahrradinfrastruktur sicher gestellt ist, wird das Fahrrad so attraktiv im Alltag, dass es einen wesentlichen Teil des Mobilitätsaufkommens abdeckt. Daneben hat es noch viele andere positive Aspekte, aus Sicht Bewegung und Gesundheit, aus Sicht Klima und Umwelt und aus Kostensicht. Für diesen Weg spricht vieles, denn hier ist die Realisation vergleichsweise rasch möglich und die Investitionskosten sind überschaubar. Deshalb setzen wir uns für einen Mix an Massnahmen ein. Optimierungen bei motorisierten Individualverkehr, mehr Kapazitäten im ÖV und eine echte Infrastrukturoffensive für Fahrräder und E-Bikes

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei
Redaktion:
Marcus Vogt
Adresse:
FBP, Herrengasse 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40
www.fbp.li
Mail: info@fbp.li



Landtag leider gegen Konsumgutscheine

Standpunkt der FBP-Landtagsfraktion zur Ablehnung der Petition «kurzfristige Konjunkturimpulse für die heimische Wirtschaft»

Die FBP-Fraktion hat anlässlich der Mai Landtagssitzung eine Petition eingebracht, mit der viele heimische Geschäfte aller Art, gerade in der schwierigen Anlaufphase nach der Lockerung der staatlichen Einschränkungen, kurzfristig und direkt gestützt hätten werden sollen. Ziel der FBP-Fraktion war es, mit Konsumgutscheinen mit beschränkter Gültigkeitsdauer von wenigen Monaten, die nur in Geschäften in Liechtenstein sowie der heimischen Gastronomie eingesetzt werden können, kurzfristig Konjunkturimpulse für die heimische Wirtschaft auszulösen. Der Vorschlag wurde im Landtag von den anderen Parteien leider abgelehnt. Die Abgeordneten der VU und der Freien Liste traten dabei als besonders lautstarke Kritiker auf. Dabei erstaunte es ganz besonders, dass sich die Kritiker weniger mit dem Inhalt, sondern viel mehr mit der ungewohnten Form des Anliegens (Petition) auseinandersetzten. In normalen Zeiten wären Konsumgutscheine, wie sie auch schon von einer Gemeinde und einer Bürgergenossenschaft herausgegeben wurden, seitens des Staates kaum vorstell-

bar. Aktuell befinden wir uns aber nicht in normalen Zeiten und in ausserordentlichen Zeiten müssen auch ausserordentliche Massnahmen in Betracht gezogen werden. Nicht zuletzt hätte von diesen Konsumgutscheinen für einmal auch jeder Einzelne in Liechtenstein, und zwar ganz direkt, von den mit 2'100 Millionen Franken rekordhohen Staatsreserven profitiert. Letztlich sind Konsumgutscheine nichts anderes als eine Form der Steuerrückzahlung. Eine Steuerrückzahlung die aber untere Einkommenschichten und Familien überproportional begünstigt hätte. In Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Krise und mit dem primären Ziel, den Konsum kurzfristig anzukurbeln, wäre das sicher nicht unangebracht. Die Mehrheit im Landtag hat das offensichtliche anders gesehen, was selbstverständlich zu akzeptieren ist. Formalismus und Denken in engen Bahnen bringen uns aber in einer Krise nicht weiter. Die FBP Fraktion wird sich weiter dafür einsetzen, dass wir die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gemeinsam bestmöglich meistern. Die Landtagsfraktion der FBP

Mehrheit für FBP-Vorschlag zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes

FBP-Postulat wird mit grosser Mehrheit an Regierung überwiesen

Das FBP-Postulat zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes Liechtenstein wurde an die Regierung überwiesen. Diese Unterstützung untermauert die Wichtigkeit dieses Anliegens, mit welchem die FBP auch die Erarbeitung einer Wissenschafts- und Forschungsstrategie 2030 verband.

Der Landtag hat letzte Woche ein Postulat der FBP zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes Liechtenstein mit 17 Stimmen an die Regierung überwiesen. Die Abgeordneten der FBP wollten damit, dass unter anderem eine Wissenschafts- und Forschungsstrategie 2030 entwickelt und aufgezeigt wird, wie die Attraktivität Liechtensteins als Standort für Start-up-Unternehmen gestärkt werden könnte. Darüber hinaus soll eine Gesamtübersicht über die aktuellen Förderungen für Wissenschaft, For-

schung und Innovation in Art und Umfang sowohl für die Privatwirtschaft inkl. Start-ups als auch die wissenschaftlichen Institutionen dargelegt werden. Zum Auftrag des Postulates gehört auch, dass die Vor- und Nachteile eines Forschungs- und Innovationsfördergesetzes aufgezeigt werden.

Horizon Europe

Für die FBP-Abgeordneten ist es somit von Bedeutung, mit diesem Postulat einen umfassenden Einblick in die geplante Forschungs- und Innovationsförderung der kommenden Dekade zu erhalten. Dies auch mit dem Hintergrund, dass das EU-Rahmenprogramm «Horizon 2020» Ende dieses Jahres ausläuft und ein neues EU-Programm mit dem Namen «Horizon Europe» ab dem 1. Januar 2021 gelten soll. Dieses wird dazu führen, dass – sollte unser Land an diesem Programm teilnehmen – der Beitrag Liechtensteins in der Grössenordnung von rund CHF 40 Mio. angesiedelt sein

wird. Der FBP-Abgeordnete Alexander Batliner betonte hierzu im Rahmen der Landtagsdebatte: «Eine etwaige Postulatsbeantwortung soll die Entscheidungsgrundlage bilden, in welche Richtung sich der Bereich Forschungs- und Innovationsförderung in Zukunft entwickeln könnte. Er soll auch die Basis für einen möglichen Finanzbeschluss hinsichtlich der Teilnahme am EU-Rahmenprogramm «Horizon Europe» bilden. Es sollte nach 2013 kein zweites Mal die Situation entstehen, dass der Landtag über einen Finanzbeschluss hinsichtlich der Teilnahme an einem EU-Rahmenprogramm ohne Strategie, Vision, konkrete Konzepte, Vorschläge und Strukturen in Bezug auf die Forschungs- und Innovationsförderung in unserem Land fällen muss.» Um dies zu untermauern, stimmten die FBP-Postulanten dem Wunsch der Freien Liste zu, dass das Postulat um einen Auftrag ergänzt wird, mit welchem die Vor- und Nachteile von «Horizon Europe» aufgezeigt werden sollen.